La Région Grand Est
ALSACE
CHAMPAGNE-ARDENNE
LORRAINE

Le Président du Conseil régional
**Franck LEROY**

Straßburg,
den

Ansprechpartnerin
(corinne.bastard@grandest.fr

**Frau Brigitte TORLOTING**
Präsidentin des Oberrheinrats
Rehfusplatz 11
D-77694 KEHL

**Betreff:**
Stellungnahme der Region Grand Est zu den Beschlüssen des Oberrheinrats vom 23. Juni 2023

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

ich freue mich, Ihnen die Stellungnahme der Region Grand Est zu den Beschlüssen des Oberrheinrats mitzuteilen, die in der Plenarsitzung vom 23. Juni 2023 gefasst wurden:

**Verringerung des Risikos der Grundwasserverschmutzung im Oberrheingraben durch Anwendung des Vorsorgeprinzips**

Die Region Grand Est erinnert daran, dass sie stets die Möglichkeit unterstützt hat, weiterhin möglichst viel Müll aus dieser instabilen und anfälligen Deponie abzubauen, wobei sie die potenziellen beruflichen Risiken im Hinblick auf die Sicherheit der Menschen berücksichtigt hat.

Wie alle lokalen Gebietskörperschaften und Verbände, denen die Erhaltung des Grundwassers im Elsass am Herzen liegt, nimmt die Region daher mit großem Bedauern die Entscheidung der Regierung zur Kenntnis, die Deponie Stocamine per Erlass vom 28. September 2023 vollständig zu versiegeln. Die Entscheidung wurde am Dienstag, dem 7. November, vorläufig vom Verwaltungsgericht Straßburg ausgesetzt. Dadurch verschiebt sich der Beginn der Arbeiten. Die Entscheidung, die Deponie zu versiegeln, wirft erneut die Frage auf, ob das Grundwasser im Elsass, Europas größtem Trinkwasserspeicher, kontaminiert werden könnte und welche Schäden künftigen Generationen zugefügt würden. Die Regierung begründet ihre Entscheidung mit den verbleibenden Fristen bis 2027, um die Arbeiten ohne Gefahr für die Arbeiter durchzuführen, und mit der Notwendigkeit, das Grundwasser zu schützen.

Es ist jedoch zu bedauern, dass die staatlichen Stellen auf die wiederholten Anfragen der Region, Zugang zum Gelände zu erhalten, um die technischen Möglichkeiten des Aushubs zu beurteilen, nicht reagiert haben. Ebenso zu bedauern ist, dass die Entscheidung so langsam getroffen wurde. Diese hätte vor 2 Jahren noch anders ausfallen können.

Parallel zu der vom Staat gewünschten Wiederaufnahme der Arbeiten hat das Ministerium nämlich am 19. September seinen Plan zur Risikovorsorge und Überwachung bezüglich der Räumung des Mülls vorgelegt. Da der Region Grand Est die Erhaltung des Grundwassers im Elsass am Herzen liegt, schließt sie sich den vom Staat vorgeschlagenen Arbeiten an und achtet auf die Überwachung des Grundwassers sowie die Umwandlung der Deponie. Unter den vorgeschlagenen Maßnahmen achtet die Region

**Siège du Conseil régional**
1 place Adrien Zeller
BP 91006
67070 Strasbourg Cedex
+33 (0)3 88 15 68 67

weiterhin auf die Maßnahme in Bezug auf die Schaffung einer finanziellen Reserve, um zukünftige Möglichkeiten für eine potenzielle Zurücknahme von Müll offenzuhalten, wenn die robotergestützten Technologien zum Abbau von Lagerbeständen dies ermöglichen.

**Entwicklung der Wasserstoffbranche am Oberrhein**

Die Entwicklung der Wasserstoffbranche bringt Herausforderungen mit sich, die nur auf europäischer Ebene und im Einklang mit den Strategien und Maßnahmen der verschiedenen grenzüberschreitenden Partner verstanden werden können.

Angesichts der zahlreichen Strategien und Initiativen sowie der Entstehung von Projekten, von denen die meisten strukturierend wirken, ist das Streben nach mehr grenzüberschreitender Übereinstimmung ein Ziel, dem ich mich nur anschließen kann. Der Oberrhein und die Großregion haben bereits ähnliche Überlegungen in diesem Bereich angestellt, die geteilt und jeweils zur Schaffung grenzüberschreitender Synergien genutzt werden könnten. Die Region Grand Est hat außerdem gemeinsam mit dem Saarland einen Beschluss des Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit initiiert. Er wurde in der Sitzung vom 23. Oktober verabschiedet und zielt auf eine stärkere Koordinierung der Maßnahmen und Initiativen entlang der deutsch-französischen Grenze ab.

Die Region Grand Est ist durchaus bereit, ihr Fachwissen zugunsten der grenzüberschreitenden Dynamiken einzubringen, die in der Folge zu diesem Thema in Gang gesetzt werden könnten. Im Dezember 2020 verabschiedete sie ihre Wasserstoffstrategie 2020–2030 und startete vor Kurzem eine „H2-Korridorstudie", in der die Dimensionierung und das geeignetste Netz von Wasserstofftankstellen anhand der europäischen Fluss-, Straßen- und Schienenkorridore ermittelt werden soll. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass die Produktion von grünem Wasserstoff geringer ist als ursprünglich erwartet. In diesem Zusammenhang scheint es für die Region Grand Est schwer vorstellbar, den Export von grünem Wasserstoff in die Grenzländer zu unterstützen, wenn wir unseren eigenen Bedarf in unserem Gebiet nicht decken können. Es muss daran erinnert werden, dass Wasserstoff ein Energieträger ist, der für bestimmte Zwecke (vor allem Industrie und Schwerlastmobilität) zu nutzen ist. Angesichts des noch hohen Preises und des noch geringen Wirkungsgrades muss die Entwicklung der erneuerbaren Energien weiter vorangetrieben werden, um sich den auf europäischer Ebene festgelegten Zielen anzunähern.

**Sparsamer Umgang mit den Bodenressourcen am Oberrhein**

Bodenversiegelung ist eine große Herausforderung für die Raumplanung. Dieser Beschluss verpflichtet uns zu einer notwendigen Weiterentwicklung der Strategien und Praktiken der Raumplanung in unseren Gebieten. Diese Ausrichtung steht im Mittelpunkt der Regionalpolitik, allen voran der Regionalplan für Raumplanung, nachhaltige Entwicklung und Raumgleichheit. Er wird derzeit geändert, um bis 2050 das Ziel „Null-Netto-Versiegelung" zu erreichen. Eine solche Strategie findet jedoch nur dann Anklang, wenn sie von allen geteilt und umgesetzt wird. Dies ist eine Herausforderung, der wir uns gemeinsam stellen müssen, auch mit den Bewohnern und Unternehmen unserer Gebiete. Es ist wichtig, dass wir uns bewusst

sind, was auf dem Spiel steht und dass wir koordiniert handeln müssen. Diese Koordination wird bestimmt seinen Ausdruck im Rahmen des Oberrheinischen Raumkonzepts finden. Dieser Beschluss erinnert auch an die dringende Notwendigkeit, die Partnerschaften und die Abstimmung über Raumplanungsstrategien zu verstärken. Der Austausch von bewährten Verfahren, strategischen Leitlinien und territorialen Analysen wird dazu beitragen, das Ziel der Bodenerhaltung schneller zu erreichen.

**Unterstützung des Manifests von Städten am Oberrhein zur Stärkung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs**

Ich danke dem Oberrheinrat dafür, dass er sich mit dem Manifest von Städten am Oberrhein befasst hat, und insgesamt für alle möglichen Überlegungen, die er zur Frage der Mobilität anstellt. Diese sind in unseren Grenzregionen sehr wichtig.

Die Region Grand Est ist für Mobilität zuständig. Sie leistet erhebliche Arbeit, um die Verkehrsangebote, insbesondere im Schienenverkehr, mit allen zuständigen Partnern und in Übereinstimmung mit ihren strategischen Prioritäten zu verbessern und auszubauen. Wie Sie in Ihrem Beschluss betonen, sind die kolossalen Anstrengungen, die meine Gebietskörperschaft zusammen mit den deutschen Bundesländern unternimmt, um das Bahnangebot zu stärken, besonders hervorzuheben.

Das Interesse, das die Städte am Oberrhein, wie auch viele andere Akteure, an Mobilitätsfragen haben, bestärkt uns darin, die bisherigen und künftigen Anstrengungen unablässig fortzusetzen.

Ich bedauere jedoch, dass die Meinung der Region im Laufe verschiedener Gespräche nicht ausreichend berücksichtigt wurde, um dieses Manifest so eng wie möglich an die Realität anzupassen, und kann nur feststellen, dass die endgültige Fassung nicht alle unsere Beobachtungen berücksichtigt. Daher ist es für die Region Grand Est schwierig, die endgültige Fassung des Manifests zu übernehmen, obwohl ich mir dessen Berechtigung durchaus bewusst bin.

**Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Interregionalen Parlamentarierrat**

Der Oberrheinrat und der Interregionale Parlamentarierrat sind zwei grenzüberschreitende parlamentarische Gremien. Die Region Grand Est und Rheinland-Pfalz haben in jeder dieser Gremien einen Sitz. Dies fördert Synergien und Kooperationen bei Problembereichen, die beide Kooperationsräume betreffen, also sowohl die Großregion als auch den Oberrhein. Denn abgesehen von den Besonderheiten bestimmter Räume (die am Oberrhein durchgeführten Arbeiten zur Geothermie eignen sich nicht für die Großregion, da die geologischen Ressourcen nicht die gleichen sind) gibt es andere gemeinsame Themen, die die grenzüberschreitenden Regionen betreffen und bei denen ein reger Austausch stattfindet: grenzüberschreitende Mobilität, Rechtsrahmen für Home-Office, Raumplanung, Schutz von Minderjährigen in grenzüberschreitenden Gebieten, grenzüberschreitendes

Hochwasserrisikomanagement, grenzüberschreitender Radverkehr, legale und illegale Abfallentsorgung im Grenzraum, grenzüberschreitende Energieinfrastrukturen ...

Da sowohl der Interregionale Parlamentarierrat als auch der Oberrheinrat eine französische Region und drei deutsche Bundesländer umfassen, kann der Austausch und die Expertise der beiden Gremien die bilaterale deutsch-französische Zusammenarbeit befruchten, die insbesondere auf zwischenstaatlicher Ebene (aber mit einem mit den Gebietskörperschaften zusammen gestalteten Ansatz) im Rahmen des Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) umgesetzt wird.

**Grenzüberschreitende nachhaltige Bewirtschaftung von Bauabfällen**

Mit 69 % der in der Region Grand Est erzeugten Tonnagen ist die Verwaltung von Bauabfällen eine große Herausforderung. Der Regionalplan für Raumplanung, nachhaltige Entwicklung und Raumgleichheit setzt ehrgeizige Ziele für die Reduzierung und Verwertung dieser Abfälle.

Um die Entwicklung der Tonnagen und der Praktiken zu verfolgen, hat die Region Grand Est eine Beobachtungsstelle für Bauabfälle ins Leben gerufen, um die Entwicklung der Produktion, aber auch die verschiedenen Verwertungs- und Entsorgungswege zu verfolgen. Die Region hat auch eine spezielle Animation eingerichtet, um die Kreislaufwirtschaft in der Baubranche zu entwickeln. Eine der Folgen dieser Animation ist die Unterzeichnung einer regionalen Vereinbarung im Jahr 2022 zwischen der Region, den 4 Berufsverbänden der Baubranche und dem Staat, um alle Akteure für die Erreichung der im Regionalplan für Raumplanung, nachhaltige Entwicklung und Raumgleichheit festgelegten Ziele für die Vermeidung und Verwertung von Abfällen zu mobilisieren.

Die Erhaltung der natürlichen Ressourcen ist eng mit der Verlängerung der Lebensdauer von Bauwerken und der Wiederverwendung von Materialien sowie der Wiederverwertung von Bauabfällen als Sekundärressourcen verbunden. Um diese Ansätze zur Abfallvermeidung und -verwertung zu fördern, begleiten die Region Grand Est, ADEME und der EFRE seit 2019 finanziell die Umsetzung beispielhafter Projekte: Bauherren, die Kreislaufwirtschaftsklauseln in ihre Aufträge zur Gebäudesanierung aufnehmen, Materialbibliotheken, mit denen Materialien, die auf Baustellen schonend entsorgt wurden, wieder auf den Markt gebracht werden können, Investitionen in Recyclingplattformen für Bauabfälle, die deren Verwertung als Alternativ- und Ersatzmaterialien für Materialien aus Steinbrüchen ermöglichen. Dieser starke und gemeinsame Wille hat insbesondere dazu geführt, dass ein regionales Netzwerk von 7 Materialbibliotheken (6 physische Materialbibliotheken und eine digitale Materialbibliothek) eingerichtet und etwa 1,6 Mt neue Kapazitäten für die Produktion von Recyclingmaterial entwickelt wurden.

Aufgrund der geografischen Lage der Region Grand Est ist die Region dennoch mit dem Problem des grenzüberschreitenden Abfalltransports konfrontiert. Mit 3,18 Mt Inertabfällen im Jahr 2021 machen die grenzüberschreitenden Transporte 24 % der in den Anlagen der Region Grand Est verwalteten Inertabfälle aus und nehmen stetig zu. In Bezug auf gefährliche Bauabfälle (Asbestabfälle und belastete Böden) ist die

Region Grand Est ebenfalls sehr gefragt, hat sich aber über den Regionalplan für Raumplanung, nachhaltige Entwicklung und Raumgleichheit (Schéma Régional d'Aménagement, de Développement Durable et d'Egalités des Territoires, SRADDET) dafür entschieden, ihre Verarbeitungskapazitäten zu erhalten und sie an die regionale Produktion anzupassen, um den Transport der Abfälle über weite Strecken zu begrenzen und die Tonnage der Abfälle aus anderen Regionen und aus dem Ausland zu begrenzen. Die Region Grand Est befürwortet auch die Einrichtung von grenzüberschreitenden Kooperationen und eine nachhaltige Verwaltung, die auf einer Wiederverwendung von Inertstoffen auf Baustellen (wodurch der Abfallstatus vermieden werden kann), auf der Produktion von Sekundärressourcen aus Recyclingplattformen, die möglichst nahe am Ort ihrer Entstehung angesiedelt sind, und auf der Entwicklung neuer Verarbeitungswege für gefährliche Abfälle beruhen, wodurch die Schädlichkeit und der Transport begrenzt werden können.

**Für eine nachhaltige Energieversorgung**

Das Thema der nachhaltigen Energieversorgung ist ein zentrales Anliegen der Region Grand Est. Tatsächlich wird seit vielen Jahren eine entschlossene Energiepolitik betrieben, um zahlreiche Projektträger finanziell zu unterstützen, damit sie auf die Nutzung erneuerbarer Energien umsteigen.

Übrigens ist der Regionalplan für Raumplanung, nachhaltige Entwicklung und Raumgleichheit das Referenzdokument in diesem Bereich und hat sich zum Ziel gesetzt, eine Plusenergie-Region zu werden, indem die Senkung des Energieverbrauchs mit der Entwicklung erneuerbarer Energien kombiniert wird. Dieser muss „vernünftig" sein, indem er sowohl die Umweltauflagen, das Potenzial der Gebiete als auch die Folgen des Klimawandels berücksichtigt.

Was speziell die photovoltaische Solarenergie betrifft, so entsprechen die erwähnten Empfehlungen, die insbesondere die Agrovoltaik oder Anlagen auf Kiesgruben betreffen, den Anliegen der Region Grand Est, die diese Themen mit Interesse verfolgt (z. B. durch die Organisation eines Treffens mit den deutschen Partnern zur Photovoltaik auf Wasserflächen) und die in den Arbeitsgruppen der ORK vertieft werden (unter rechtlichen Gesichtspunkten, Akzeptanz, Auswirkungen auf die Biodiversität ...).

Für das Projekt Innovationspark ist die Region Unterzeichner des Gebietsprojekts Fessenheim und unterstützt in dieser Eigenschaft die Energiewende in diesem Gebiet. Darüber hinaus ist die Region einer der mitfinanzierenden Partner der EUCOR-Studie, deren Ergebnisse im Plenarsaal der Region mehreren Dutzend Teilnehmern vorgestellt wurden. Die Region stimmt mit den Schlussfolgerungen dieser Arbeit überein und wartet auf konkrete Maßnahmen.

Die Region kann sich daher diesem Beschluss nur anschließen, die sowohl das Thema der Energieeinsparung und -effizienz als auch das der Speicherung oder der Entkarbonisierung der Industrie anspricht.

Mit freundlichen Grüßen

Bien cordialement.